

Rede der FDP zum Haushalt 2023 von Gemeinderat Willy Nees Rede der FDP-Fraktion zum Haushalt 2023



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde,

nach den Pandemie Jahren haben sich Viele nach etwas Normalität gesehnt. Doch daraus wurde bekanntermaßen nichts – der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine hat diese Hoffnung zunichte gemacht. Die Auswirkungen davon spüren wir Alle – in unterschiedlicher Ausprägung. Doch verglichen mit dem, was die Menschen im Kriegsgebiet erleben und erleiden müssen, geht es uns trotz Inflation,

steigender Energie- und Lebenshaltungskosten und sonstiger Belastungen noch mehr als gut. Den Menschen Mut zu machen, dass wir auch dies überstehen werden, wäre das Gebot der Stunde.

Haushalt

Viele kennen das Lied „das bisschen Haushalt sagt mein Mann“.

Doch das würde unserem diesjährigen Gemeindehaushalts mit einem Volumen von rund 44,4 Mio €, der auf 517 Seiten ausführlich dargestellt ist- nicht annähernd gerecht werden.

An dieser Stelle allen an der Erstellung des Haushalts Mitwirkenden - insbesondere unserer Kämmerin Frau Eickel und ihrem Team - **herzlichen Dank!**

Seit 2019 müssen die Kommunen den Haushalt nach den Vorgaben des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens führen – das Land macht Ähnliches bis heute **nicht!**

Ohne auf jede Einzelheit eingehen und den Haushalt bis ins letzte Detail erläutern zu wollen, gilt es, zu dem einen oder anderen Thema Ausführungen zu machen.

Allgemeine Ausgangslage

Das Beste erhoffen bzw. erwarten und auf das Schlimmste vorbereitet zu sein – so könnte die Devise lauten.

Wie schon die Vorjahre endete auch das HH-Jahr 2022 mit einem sehr guten Ergebnis, das eine solide Basis für den Haushalt 2023 bildet.

Die befürchteten Einbrüche in der Wirtschaft und damit auch bei den Steuereinnahmen sind erfreulicherweise bisher so kräftig nicht eingetreten. Man rechnet mit einem leichten Wachstum, doch der private Konsum war bisher sehr verhalten. Trotzdem werden auch Steuermehreinnahmen prognostiziert. Sollte das HH-Jahr 2023 planmäßig verlaufen, stünden am Ende des Jahres trotz einer Rekordinvestitionssumme von rund 21,4 Mio. € noch ca.9 Mio. als Startkapital für 2024 zur Verfügung.

Finanzen

Die Rücklagen betragen dank der guten Ergebnisse in den Vorgängerhaushalten und durch entsprechende – auch überplanmäßige- Einnahmen und gestiegene Finanzzuweisungen, einer guten Bewirtschaftung und einer Konzentration auf die Pflichtaufgaben immerhin 26,2 Mio. € an liquiden Mitteln, einer bilanziellen Rücklage von 11,4 Mio. € und eines Überschusses aus 2022 von 3,0 Mio. €. Somit können die für Investitionen benötigten Finanzierungsmittel ohne Kreditaufnahme aus den vorhandenen Eigenmitteln bereitgestellt werden, was zu einer Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in Höhe von 17,2 Mio. €

führen wird. Doch dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dies in den kommenden Jahren auf Grund der geplanten - teilweise auch schon beschlossenen- notwendigen Investitionen weiter deutlich verringern wird.

Die Personalkosten haben einen Anteil am Haushalt von rund 50%, die sich auf Grund der laufenden Tarifverhandlungen vermutlich noch erhöhen werden, die Transferleistungen (z.B. Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage etc.) belaufen sich mit ca. 20 Mio. € auf 44% und die zu erwirtschaftenden Abschreibungen auf 2,8 Mio. €.

Der Anstieg der Energiekosten hat sich verlangsamt aber leider auf einem hohen Niveau eingependelt. Für den Gemeindehaushalt bedeutet u.a. dies Ausgaben im nahezu siebenstelligen Bereich- allein für den Gasbezug 820.000 € mehr. Die Verwaltung hat in Abstimmung mit dem Gemeinderat Maßnahmen zur Minderung des Energieverbrauches ergriffen, was leider auch Auswirkungen auf die Nutzer der gemeindlichen Einrichtungen (Hallenbad, Schulen, Sportstätten etc.) mit sich gebracht hat.

Hinzu kommen durch gesetzliche oder rechtliche Vorgaben z.B. Ganztagesbetreuung in den Grundschulen, steigende Ausgaben für den ÖPNV (dieses Jahr auf rd. 700.000 €) etc. weitere zusätzliche Belastungen von erheblichem Umfang. Bei jedem Haushalt machen sich Verwaltung und Gemeinderat Gedanken darüber, wie wir einen einigermaßen soliden Haushalt hinbekommen. Wir diskutieren selbst über kleinere Beträge. Dann kommen aber aus Berlin und aus Stuttgart Vorgaben, die unseren Haushalt massiv belasten, ohne eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung und ohne dass wir auch nur den geringsten Einfluss darauf hätten oder gar dazu gefragt werden würden. Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass ein Großteil der Kosten wieder bei den Kommunen hängen bleiben wird. Nach dem Konnexitätsprinzip hat derjenige, der die Aufgaben beschließt die Kosten vollumfänglich zu tragen - was bei jeder Aufgabenübertragung gilt, aber permanent nicht eingehalten wird. Wer bestellt – der bezahlt.

Mittelfristige Finanzplanung

In den Jahren 2023- 2026 sind Investitionen im Gesamtumfang von ca. 87 Mio. € veranschlagt. Die Gesamtverschuldung wird sich in diesem Zeitraum auf ca. 56 Mio. belaufen. Das Investitionsvolumen beträgt im Zeitraum 2024-2026 saldiert ca. 33,2 Mio. €, inklusive Kosten für N 5 in Höhe von 9.3 Mio. €. Zur gesamten Vorfinanzierung von N 5 werden Kredite in Höhe von rd. 20 Mio. € benötigt. Demgegenüber werden im Planungszeitraum auch Einnahmen daraus erwartet. Sind im Finanzplanungszeitraum für die Jahre 2024 und 2025 deutliche Überschüsse beim ordentlichen Ergebnis prognostiziert, weist das Jahr 2026 einen erheblichen Fehlbetrag aus. Die liquiden Eigenmittel werden Ende 2026 mit 3,4 Mio. € angenommen.

Investitionen

Die im Investitionshaushalt 2023 vorgesehenen Maßnahmen können ohne Kreditaufnahme finanziert werden.

Erweiterung Rathausgebäude

Die Verwaltung hat dem Gemeinderat plausibel dargelegt, dass auf Grund verschiedener Faktoren – Aufgabenzuwachs, weiteres Wachstum, umfangreichere Bearbeitungsvorgänge etc. und dem damit verbundenen Personalmehrbedarf mehr Bürofläche – trotz Homeoffice-aktuell und perspektivisch benötigt wird. Wie bekannt, wurden zur Lösung mehrere Varianten für einen Aus- bzw. Anbau an das Rathaus am bisherigen Standort in Eggenstein untersucht. Zwei weitere Varianten - Neubau an einem anderen Standort und Wiederinbetriebnahme des Rathausgebäudes Leopoldshafen - fanden seinerzeit nicht die Mehrheit des Gremiums. Der Gemeinderat entschied sich mehrheitlich für einen Anbau an das Rathaus Eggenstein. Voraussichtlicher Kostenaufwand ca.10,5 Mio. €. Die Kosten für die Bestandssanierung stehen in Höhe von ca.7,5 Mio.€ im Plan - in Summe somit 18 Mio.€, davon im Jahre 2023 5 Mio. €.

Wohnen

Schon seit längerer Zeit beklagt die Politik das Fehlen von (Sozial)Wohnungen – insbesondere für die unteren Einkommensgruppen. Viel Diskussion - wenig brauchbare Lösungsansätze. Deshalb haben sich Verwaltung und Gemeinderat des Themas angenommen und bei den Planungen für das Baugebiet N 5 im Bebauungsplan Vorgaben zur Erstellung von gefördertem Wohnraum gemacht. Auch das Projekt Hagsfelder Weg ist u.a. durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen wieder in den Fokus gerückt, wengleich der Gemeinde auf Grund des LEA-Privilegs (Schröcker Tor) derzeit (noch) keine Nicht-Ukraine-Flüchtlinge zugewiesen werden. Die Planung der Gemeinde sieht dort den Bau von gefördertem Wohnraum vor. Da die Gemeinde auch für die Obdachlosenunterbringung zuständig ist, wird die Containeranlage im Wörth durch Ersatz- und Neubeschaffungen mit einem Aufwand von 1.5 Mio. € ertüchtigt, um den Menschen dort eine Bleibe bieten zu können.

Kinderbetreuung

Immer den Bedarf im Blick investiert die Gemeinde schon seit vielen Jahren und lang vor den gesetzlichen Vorgaben große Summen in die Kapazitätserweiterung für die Kinderbetreuung, um möglichst immer zeitnah den Bedarf an Betreuungsplätzen bereitstellen zu können. Basis für die Bedarfsplanung sind die Zahlen der Fachämter der Gemeinde, auf die sich der Gemeinderat stets verlassen konnte. Durch Anmietung konnten im vergangenen Jahr weitere Räumlichkeiten in der Hardtstraße für die Kernzeitbetreuung in Betrieb genommen werden und aktuell werden in der Schwarzwaldstraße Räume baulich für die Kleinkindbetreuung durch den Kindergarten Rheinpiraten vorbereitet. Auch bei den anderen Kinderbetreuungseinrichtungen werden laufend Verbesserungen vorgenommen bzw. sind im Haushalt vorgesehen. Gerade in den Kinderbetreuungseinrichtungen wie auch in den meisten Bereichen der Gemeindeverwaltung wird es immer schwieriger, qualifiziertes Personal in der notwendigen Anzahl zu bekommen. Hier helfen auch rechtliche Vorgaben bezüglich der Anzahl der maximal zu betreuenden Kinder nichts. Überdies belasten immer höhere politische Bildungsstandards unsere pädagogischen Fachkräfte, so dass diesen immer weniger Zeit am Kind verbleibt. Hier wäre etwas weniger Bürokratie wohlthuend! Eventuell würde dies auch motivationsfördernd für ausbildungswillige Nachwuchskräfte sein? Bei der Festlegung der für die Kinderbetreuung erhobenen Gebühren orientiert sich der Gemeinderat an den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände. Der Kostendeckungsgrad der von den Eltern erhobenen Gebühren beträgt lediglich ca. 19 % der Gesamtkosten eines Kinderbetreuungsplatzes.

Waldkindergarten

Unserem Wunsch und dem weiterer Fraktionen nach Einrichtung eines Waldkindergartens folgend hat die Verwaltung einen Antrag zur Genehmigung eingereicht, der in der zu Grunde liegenden Konzeption nicht genehmigt wurde. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Das Vorhaben wird deshalb weiter mit dem Ziel verfolgt werden, einen Waldkindergarten einrichten zu können, um dadurch unser kommunales Betreuungsportfolio zielgerichtet zu erweitern.

Schule und Bildung

Auch bei den Schulen hat die Gemeinde ihre Hausaufgaben gemacht. Mit der Erweiterung der Gemeinschaftsschule mit einem Aufwand von nahezu 10 Mio. € , der Ausstattung der Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten, den Maßnahmen an der Lindenschule und der Grundschule Leopoldshafen sind seitens des Schulträgers gute Voraussetzungen für eine infrastrukturell sowie pädagogisch hochwertige Unterrichtung unserer Kinder geschaffen. Diese Investitionen sind dringend notwendig und gut angelegtes Geld. Doch das allein reicht nicht, um die Bildungsziele zu erreichen, es gehören auch ausreichend Lehrerinnen und Lehrer dazu, wofür die Landesregierung verantwortlich ist. Gerade der in einigen Branchen immer gravierender werdende Arbeitskräftemangel macht deutlich, wie wichtig Investitionen in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen sind, leisten doch gerade das Handwerk und der Mittelstand einen

wesentlichen Beitrag zur Sicherung unseres Wohlstandes. Auch die Energiewende wird ohne qualifizierte Fachkräfte nicht gelingen. Deshalb befürworten wir ausdrücklich gerade bei den Schulen weiterhin die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel für bauliche Maßnahmen und deren sachliche Ausstattung. Wenn in mehreren Studien nachgewiesen wird, welche enormen Bildungsdefizite ein nicht unerheblicher Teil der Schulabgänger hat, dann sollten die für die Bildung Verantwortlichen sich mal fragen, was schief läuft und endlich die richtigen Maßnahmen zur Verbesserung ergreifen. Ob es nun ins ideologische Bild passt oder nicht - lesen, schreiben und rechnen gehören nun mal zum Leben verbunden mit eigenem Denken und einem eigenen Urteilsvermögen, will man nicht von Facebook, twitter, tiktok und sonstigen „sozialen“ Medien abhängig sein – dies sind keine verlässlichen Informationsquellen und keine guten Ratgeber für die Fragen des Lebens.

Sicherheit-Kommunale Notfallvorsorge

Die begonnene Sanierung der beiden Feuerwehrrhäuser wird 2023 ihren Abschluss finden. Die im vom Gemeinderat verabschiedeten Feuerwehrrbedarfsplan vorgesehenen Beschaffungen der Feuerwehreinsatzfahrzeuge wird auch 2023 weitergehen und einen Aufwand von 1,2 Mio. € erfordern. Ebenso hat man erkannt, dass zur Warnung der Bevölkerung bei entsprechenden Schadensereignissen wieder Sirenen erforderlich sind – Aufwand dafür 2023 - 120.000 €. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass es zu den Beschaffungen auch hier Fördermittel gibt.

N5

Die Umlegung des Baugebiets N 5 ist wohl ohne Zweifel eines der größten Vorhaben der nächsten Jahre, sowohl finanziell als auch von der energietechnischen und auch wohnbaumäßigen Ausrichtung. Mit der Realisierung von geförderten Wohnungen kann ein Beitrag zur Minderung der Mangelsituation an solchem Wohnraum geleistet werden. Mit einem Nahwärmenetz soll den künftigen Hauseigentümern die Möglichkeit geboten werden, ihre Immobilie mit regenerativ erzeugter Wärme zu versorgen. Allerdings wird die Gemeinde nur in das Netz investieren, der Betrieb des Netzes soll durch einen Versorger erfolgen, mit dem die Kunden dann auch ihre Verträge abschließen können. Ebenso besteht seit 2022 für Neubauten die Photovoltaikpflicht. Sollte dies - wie auch weitere Maßnahmen - gelingen, wäre es ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur CO₂-Einsparung und zum Klimaschutz.. Ferner sind in N 5 u.a. eine Kinderbetreuungseinrichtung in Kombination mit Wohnraum evtl. für Seniorinnen und Senioren vorgesehen. Erste grobe Kostenschätzung 9 – 11 Mio. €. Denkbar wären bei Bedarf auch ein Nahversorger und eine Begegnungsstätte. Trotz hoher Baulandpreise gehen wir davon aus, dass auf Grund der Attraktivität unserer Gemeinde es zu einer zeitnahen Bebauung kommen wird. In die Realisierung von N 5 wird die Gemeinde zunächst kräftig investieren müssen. Für den Grundstückserwerb sind in diesem Haushaltsjahr 9,0 Mio. € eingeplant. Die Erschließungskosten sind mit 8,4 Mio. € taxiert. Für die Vorfinanzierung sind ca. 18 Mio. € eingestellt

Steuern und Gebühren

Bei den Realsteuern (Grundsteuer A und B und Gewerbesteuer) konnte der Gemeinderat für 2023 auf eine Erhöhung verzichten. Bei den Kinderbetriebsgebühren erfolgte eine Anpassung in Anlehnung an die Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände. Die Wasser- und Abwassergebühren mussten 2023 angepasst werden und betragen für 1 Kubikmeter (1.000 ltr.) Wasser nun 2,17 € und beim Abwasser 2,21 € für Schmutzwasser und 0,85 € für Niederschlagswasser. Hauptgrund dafür sind die Investitionen in beiden Bereichen – u.a. neues Wasserwerk Tiefgestade und neue Fernleitung. Die Wasserzentrale Neckarstraße soll 2023 ertüchtigt werden. Nach Fertigstellung insbesondere des neuen Klärwerks wird dies eine weitere Gebührenerhöhung nach sich ziehen müssen, um die Investitionen zu refinanzieren. Durch diese Investitionen bieten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern zukünftig eine weiterhin hohe Trinkwasserqualität wie gleichermaßen eine Entsorgung des Abwassers nach neuesten technischen Standards.

Personal

In diesem Zusammenhang ist auch die Personalentwicklung bzw. der steigende Personalbedarf zu sehen. Mehr Aufgaben bedeuten auch mehr Personal, werden doch die Abläufe immer komplizierter, die Ansprüche immer größer und die Forderungen nach Rechtssicherheit immer umfangreicher. Es ist keine neue Erkenntnis, dass die Gewinnung von Personal nun auch für die öffentliche Verwaltung eine enorme Herausforderung darstellt, die allein z.B. mit einer besseren Bezahlung nicht zu bewältigen sein wird. Dazu gehören ebenso die sog. weichen Faktoren wie ein familiengerechtes Umfeld, angepasste Arbeitszeiten, Fahrkostenzuschüsse, Bereitstellung von Parkplätzen und Fahrrädern und ganz sicher auch ein von Respekt und Wertschätzung geprägter Umgang mit den Mitarbeitenden sowie ein bewältigbarer Arbeitsumfang, um Überlastungen am Arbeitsplatz zu vermeiden, was zu einem höheren Krankenstand führen kann. Hier kommt auch dem Gemeinderat aus Fürsorgegründen eine gewisse Verantwortung zu, für das benötigte Personal die notwendigen Stellen im Haushalt zu schaffen.

Digitalisierung und Bürokratie

Die Bürgerinnen und Bürger wurden in der letzten Zeit geradezu mit Erhebungen überzogen und belastet, um Daten zu generieren, die bei einer Digitalisierung, die diese Bezeichnung auch verdient, von den Stellen hätten geliefert werden können, bei denen diese bereits vorhanden sind. Zensus, Microzensus, Grundsteuererhebung lassen grüßen. Ständig wird gefordert, dass Verwaltungsdienstleistungen digital angeboten werden. Voraussetzung dafür sind aber ein leistungsfähiges Netz und aufeinander abgestimmte Verfahren. Was bei den Diskussionen um die Digitalisierung nicht erwähnt wird, ist der enorme Energiebedarf und die Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima. Begleitend zur Digitalisierung muss allerdings der überbordenden Bürokratie, die auch den Gemeinden erhebliche Kosten verursacht, Einhalt geboten werden. Immer schneller immer mehr Vorgaben zu machen, ohne deren tatsächliche Umsetzbarkeit sowohl rechtlich, finanziell, technisch und personell zu berücksichtigen, ist nicht zielführend und birgt die Gefahr einer nicht sachbezogenen Umsetzung. Es muss dringend eine zeitnahe Umkehr hin zu weniger Vorschriften geben, will man den Kollaps von Verwaltung und Wirtschaft vermeiden. Der zu diesem Zweck als unabhängiges Beratergremium der Landesregierung eingerichtete Normenkontrollrat hat Vorschläge zu E-Government und zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren gemacht. Dass der Ministerpräsident nun dieses Gremium gewissermaßen kaltgestellt hat, spricht für sich. Vielleicht sollten - um dieses Ziel zu erreichen - auch mal alle kommunalpolitisch Verantwortlichen „zivilen Ungehorsam“ üben, was in anderen Bereichen ja als legitimes Mittel angesehen und anscheinend gesellschaftlich auch akzeptiert wird.

Klima und Energie

Mit dem nun im Landkreis gegründeten Klimaschutzverein, in dem auch unsere Gemeinde Mitglied ist, steht eine neutrale Beratungsstelle für Fragen rund um Energie und Klimaschutz zur Verfügung. Um die Energieprobleme bzw. den enormen Energiebedarf der Zukunft zu decken, bedarf es einer technologieoffenen und ideologiefreien Strategie. Die Fixierung auf wenige oder nur eine Energieform wird das Problem nicht lösen. Insofern sind die Überlegungen zur Nutzung von anfallender oder regenerativ erzeugter Wärme und von natürlichen Wärmequellen durch Einspeisung in ein Nahwärmenetz ein weiterer Baustein. Entsprechende Überlegungen für ein solches Netz im Landkreis gibt es bereits. Inwieweit dies für unsere Gemeinde interessant sein könnte, hängt von den Gegebenheiten und den Rahmenbedingungen ab. Die Einstellung eines Energiefachmanns bei der Gemeinde der u.a. diese Entwicklung zielgerichtet begleiten wird, zeigt die Bedeutung, die Gemeinderat und Verwaltung dem Thema „Klima und Energie“ beimessen.

Kommunale Eigenbetriebe - Wasser und Abwasser

Nach dem fertiggestellten Wasserwerk Tiefgestade steht nun das andere Ende der Versorgungsstruktur -sprich das Klärwerk – zur Erweiterung und Sanierung an. Nach ersten Kostenschätzungen standen für eine Sanierung ca. 6 Mio. € im Raum. Eine intensive Begutachtung der Anlagen durch ein erfahrenes Fachingenieurbüro begleitet von einem

Gutachter hatte zum Ergebnis, dass nur eine Neukonzeption zukunftssicher und energiewirtschaftlich sinnvoll ist, ermöglicht diese doch auch die Erfüllung bestehender aber auch zu erwartender Vorgaben. Dafür sind derzeit Kosten in Höhe von rd. 17 Mio. € kalkuliert – nicht berücksichtigt ein eventuell weiterer Anstieg der Baukosten. Die FDP-Fraktion trägt die Planung und die damit verbundenen Kosten mit, steht nach Abschluss der Maßnahme wieder eine moderne, den Anforderungen an die technische Leistungsfähigkeit, an eine umweltfreundliche regenerative Energieversorgung und auch an ein adäquates Arbeitsumfeld für die dortigen Mitarbeiter gerecht werdende Anlage zur Verfügung. Die Gesamtverschuldung beider Eigenbetriebe wird zum Jahresende 2023 28,2 Mio. € betragen.

Ehrenamt - Soziales

Die Gesellschaft lebt von einem funktionierenden Ehrenamt. Es ist gewissermaßen der „Kitt“ der Gesellschaft. In unserer Gemeinde sind viele Bürgerinnen und Bürger in Vereinen und Organisationen engagiert. Um dies dauerhaft sicherzustellen, leistet die Gemeinde im Wege der Vereinsförderung den Vereinen und der kirchlichen Gemeinde mit Zuschüssen zu regelmäßigen Ausgaben und mit der Förderung größerer Investitionen z.B. Baumaßnahmen eine wesentliche Unterstützung- in diesem Jahr mit rd. 229.000 €. Darüber hinaus unterstützt die Gemeinde viele im sozialen Bereich tätige Einrichtungen, Vereine und Organisationen so z.B. Notfallhilfe, DRK, DLRG, Schröcker Mütze, Jugendhaus, Tageselternverein, Flüchtlings- und Nachbarschaftshilfe und Seniorenbeirat. Ergänzt wird dies durch die vielen auf privater Basis ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürger z.B. dem Freundeskreis Eggenstein und rein privater Aktivitäten Einzelner.

Die **FDP** bedankt sich bei Allen, die sich ehrenamtlich in den Vereinen und Organisationen und auch privat in unserer Gemeinde für die Gesellschaft engagieren. Den Frauen und Männern bei Feuerwehr, DRK, DLRG und Notfallhilfe gilt unser Respekt für die Bereitschaft, zu jeder Tages- und Nachtzeit jedem Hilfe zu leisten, wer immer sie benötigt. Vielen Dank! In diesem Zusammenhang noch einige Sätze zu den Ereignissen in der Silvesternacht in Berlin- es sei auch an Köln und Stuttgart erinnert. Angriffe auf Rettungskräfte sind ein absolutes No-go! Dies war auch keine aus dem Ruder gelaufene Party – wie es von gewissen politischen Verharmlosern wieder dargestellt wird- sondern ein eindeutiger Angriff auf unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und letztendlich unseren Staat, repräsentieren doch gerade die Einsatzkräfte diesen Staat, den es zu bekämpfen gilt. Unsere Einsatzkräfte dürfen von uns erwarten, dass sie geschützt werden. Ansonsten könnte auch hier der Fall eintreten, dass niemand mehr diese Berufe und auch dieses Ehrenamt ausüben will. Und stellen Sie sich mal vor, Sie persönlich haben ein gesundheitliches oder Sicherheitsproblem und keiner kommt. Stellen Sie sich weiter vor, bei den Einsatzkräften wäre ihr Mann, ihre Frau oder ihr Sohn oder ihre Tochter. Wie würde dann die Bewertung dieser Ereignisse ausfallen?

Strom- und Güterverkehrstrasse

Bei der Stromtrasse haben Gemeinderat und Gemeinde bislang alle ihr bisher im Verfahren zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt, um das Ziel, die Strommasten aus dem Bürgerpark weg zu bekommen.

Bei der Güterverkehrstrasse gibt es derzeit noch keine belastbaren Aussagen, wie diese konkret verlaufen wird. Auch hier werden Gemeinderat und Verwaltung sehr genau darauf achten, wohin im wahrsten Sinne des Wortes „die Reise“ geht. Vorstellungen, dass die Gemeinde allein Einflussmöglichkeiten hätte, entbehren nach unserer Einschätzung jeglicher Grundlage. Nur ein Zusammenwirken aller Akteure entlang der Trasse könnte evtl. etwas bewirken, wobei man ehrlicherweise auch sagen muss, dass es eine einfache Lösung nicht wird geben können, da viele Parameter zu berücksichtigen sein werden und eine stimmige Gesamtlösung auch eine gewissen Flexibilität und Kompromissbereitschaft bedingt. Was nicht heißen soll, es nicht zu versuchen.

Abschließend:

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2023 vollumfänglich zu. Es spricht für das Verantwortungsbewusstsein der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, nicht in den früher

mal üblich gewesenen Überbietungswettbewerb zu verfallen, welche Anträge man noch für den Haushalt stellen könnte. So geht seriöse Kommunalpolitik. Es reicht, wenn andere uns ständig neue Aufgaben auferlegen ohne diese auskömmlich zu finanzieren.

Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober, dankt die FDP- Fraktion für die in den 24 Jahren Ihrer Amtszeit solide Haushalts- und Finanzwirtschaft und für die sehr umsichtige und zielgerichtete Führung unserer Gemeinde! Ebenso geht unser Dank an alle Mitarbeitenden der Gemeinde insbesondere der Amtsleiterin und den Amtsleitern für ihr Engagement zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde und die auch im abgelaufenen Jahr wieder unter erschwerten Rahmenbedingungen geleistete Arbeit –wo immer sie diese erbracht haben. Dank den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für das konstruktive Miteinander- trotz in der Sache unterschiedlicher politischer und fachlicher Auffassungen.

„Hast Du ein Problem, versuche es zu lösen. Kannst Du es nicht lösen, mach kein Problem daraus“.

Lassen Sie uns gemeinsam die auch künftig zu erwartenden Herausforderungen- welcher Art sie auch sein mögen- bewältigen und möglichst immer die richtigen Entscheidungen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger unseres schönen und liebenswerten Gemeinde treffen!

Möge es ein in jeder Hinsicht gutes und hoffentlich von Frieden geprägtes Jahr 2023 werden!
Februar 2023

Die FDP-Fraktion Wolfgang Ott, Dominik Wolf, Willy Nees